

Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

An die Gemeindevertretung der
Gemeinde Am Mellensee

Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herrn M. Tscherwinka

Ortsteile:

**Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf**

Sachgebiet: Lt. Haupt-Schul-u. Personalamt

Zimmer: 2.07

Bearbeiter: Frau Richter

E-Mail: richter@mellensee.de

Telefon: (033703) 959-12

Telefax: (033703) 95969

AKZ: 10.3

Datum: 08.12.2020

Beanstandung

Sehr geehrter Herr Tscherwinka,

hiermit beanstande ich entsprechend § 55 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg den Beschluss-Nr. 196/20/2020 sowie den damit verbundenen Beschluss Nr. 195/20/2020 (BSV 72/18/2020 - Sitzungen kommunaler Vertretungskörperschaften) vom 16.11.2020.

Beschlusstext:

„Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt gemäß § 21 Verordnung über befristete Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-CoV-2- Virus und COVID-19 im Land Brandenburg (SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung SARS-CoV-2-EindV) vom 30.10.2020 ihre und die Sitzungen ihrer Gremien bis auf weiteres als Mischform von Präsenz und virtueller Teilnahme durchzuführen. Die Hardware-Voraussetzungen im Home-Bereich für die virtuelle Teilnahme der Gemeindevertreter*innen werden von diesen selbst gestellt, die entsprechende Software sowie die Hardware für die öffentliche Übertragung (Live-Stream und Beamer für die Projektion der virtuell Teilnehmenden) stellt der IT-Bereich der Gemeinde zur Verfügung. Auf der Internetseite wird am Tag der Sitzung ein entsprechender Link zur Verfügung gestellt.“

Begründung:

Dieser Beschluss verstößt gegen geltendes Recht.

Gemäß § 21 der Zweiten Verordnung über befristete Eindämmungsmaßnahmen bzgl. des SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 im Land Brandenburg (Zweite SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung – 2. SARS-CoV-2-EindVV vom 30.11.2020) haben kommunale Vertretungskörperschaften ein Selbstorganisationsrecht.

Um die Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlichen Notlagen zu regeln hat der Minister des Innern und für Kommunales im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Inneres und Kommunales des Landtages Brandenburg die brandenburgische kommunale Notlagenverordnung BbgKomNotV vom 17.04.2020, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 28.09.2020, erlassen.

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE64160500003639020072
BIC: WELADED1PMB

Wenn eine Gebietskörperschaft von dem Recht Gebrauch machen möchte, so sieht der § 2 Abs. 1 im Übrigen folgendes vor:

Zitat:

„(1) Der Gemeindevertretung stehen in der Notlage die Möglichkeiten der §§ 5 bis 7 zur Durchführung von Sitzungen zur Verfügung. Sie hat zunächst zu prüfen, ob ihr unter Anwendung dieser Möglichkeiten die ordnungsgemäße Durchführung einer Sitzung möglich ist.“

Eine pauschale Anwendung kann nicht per Beschluss herbeigeführt werden, da zuerst eine Prüfung nach den anzuwendenden Möglichkeiten für die Durchführung einer ordentlichen Sitzung erfolgen muss.

Des Weiteren ist eine Mischform von Präsenz vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Es kann gemäß § 5 BbgKomNotV eine Präsenzsitzung, § 6 eine Videositzung oder nach § 7 eine Audiositzung durchgeführt werden.

Außerdem ist gemäß § 8 o.g. Verordnung das „Schriftliche Umlaufverfahren“ ausschließlich für Entscheidungen im Zusammenhang mit der bestehenden Notlage zulässig.

Weiterhin ist zu beachten, dass im Schreiben des Ministeriums des Innern ganz klar geregelt wird, wie die Art und Weise der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Sitzung zu regeln ist und dass zumindest die Tonübertragung in eine andere Räumlichkeit für die Bürgerschaft (§ 9 der BbgKomNotV) gewährleistet sein muss. Demnach ist eine Live-Stream-Übertragung im Internet, wie es im Beschlusstext steht, auch komplett unzulässig und verstößt gegen die DSGVO.

Ich gehe davon aus, dass weder die komplette Gemeindevertretung, noch die Verwaltungsmitarbeiter, noch die anwesenden Bürger in irgendeiner Form ihre Aussagen in Bild oder Ton im Internet live veröffentlichen möchten.

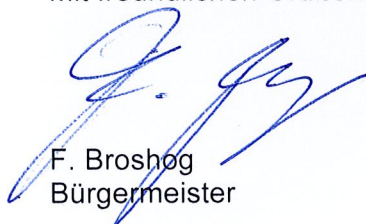
Weiterhin können nicht alle Gemeindevertreter/innen sowie die sachkundigen Einwohner per Beschluss dazu „aufgefordert“ werden, die erforderliche technische Ausstattung in ihrem privaten Umfeld für die Sitzungen vorzuhalten bzw. einzusetzen.

Die technischen Voraussetzungen (Hard- und Software) kann aktuell nicht durch die IT-Abteilung gestellt werden, da diese bisher noch gar nicht vorliegen. (Mikrofonanlage Kameras, Übertragungssoftware usw.)

Es ist davon auszugehen, dass die Beschaffung über ein Ausschreibungsverfahren nach der Vergabeordnung des Landes Brandenburg zu erfolgen hat.

Der beanstandete Beschluss ist erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



F. Broshog
Bürgermeister